

Motion Rolf Zbinden (PdA): AKW Mühleberg stilllegen und zwar sofort!; Begründungsbericht

Am 12. Mai 2011 hat der Stadtrat folgende Dringliche Motion Rolf Zbinden (PdA): AKW Mühleberg stilllegen – und zwar sofort! im Sinne einer Richtlinie erheblich erklärt:

Nach der Atomkatastrophe in Japan kam aus Mühleberg: In Berns Westen nichts Neues! Die AKW-Betreiber bleiben ihrer Linie, die sie seit Jahren konsequent verfolgen, treu: Zu den Schäden und Sicherheitsmängeln und zu den Gefahren für die Bevölkerung bieten die bernischen Kraftwerke BKW weiterhin nur: Fehlinformationen, Vertuschung, Abwiegelung, Vertröstung.

Der Bevölkerung ist ein solch gefährliches AKW mit solch verantwortungslosen Betreibern nicht länger zuzumuten. Die Bevölkerung der Stadt Bern, die innerhalb des 20-Kilometer-Radius rund um das Atomkraftwerk lebt, muss sofort und dauerhaft vor den Gefahren, die vom AKW Mühleberg drohen, geschützt werden.

Zu diesem Zweck wird der Gemeinderat beauftragt:

1. gegenüber dem Kanton und dem AKW-Betreiber alles in seiner Macht Stehende zu tun, um eine sofortige Stilllegung des Atomkraftwerks Mühleberg zu erreichen;
2. alle Bestrebungen auf politischer und rechtlicher Ebene aktiv zu unterstützen, die eine sofortige Stilllegung des Atomkraftwerks Mühleberg anstreben.
3. Alle seine diesbezüglichen Schritte offen zu kommunizieren.

Bern, 31. März 2011

Motion (Rolf Zbinden, PdA), Regula Fischer, Luzius Theiler, Stefan Jordi, Aline Trede, Hasim Sancar, Rahel Ruch, Lea Bill, Stéphanie Penher, Jeannette Glauser, Beat Zobrist, Halua Pinto de Magalhães, Annette Lehmann, Silvia Schoch-Meyer, Miriam Schwarz, Leyla Gül, Cristina Anliker-Mansour, Guglielmo Grossi, Nicola von Greyerz, Gisela Vollmer, Patrizia Mordini, Urs Frieden

Bericht des Gemeinderats

Der Gemeinderat ist der Kernenergie gegenüber grundsätzlich kritisch eingestellt. Er hat sich stets - wie auch von den Stadtberner Stimmberechtigten im Jahr 2010 beschlossen - für den geordneten Atomausstieg bis 2039 ausgesprochen. Die Ereignisse der Atomkatastrophe in Fukushima haben den Gemeinderat tief erschüttert, bestätigen ihn jedoch in seiner kritischen Haltung gegenüber dieser Technologie sowie dem gefassten Entscheid zum Ausstieg aus der Atomenergie.

Zu Punkt 1:

Der Gemeinderat hat bereits mehrfach betont, dass er sich auf politischem Weg dafür einsetzt, dass das Kernkraftwerk Mühleberg (KKM) zu einem möglichst raschen Zeitpunkt vom Netz genommen wird. Anlässlich des Gesuchs der BKW FMB Energie AG (BKW) um Aufhebung der Befristung der Betriebsbewilligung für das KKM hat der Gemeinderat seine Haltung und seine Besorgnis in einer Einsprache festgehalten. Er lehnte die Aufhebung der Befristung

ab und kritisierte insbesondere, dass der vom Bund 2007 geforderte Nachweis für den langfristig sicheren Betrieb mit dem rissbehafteten Kernmantel bisher nicht erbracht worden sei.

Der Gemeinderat hat sich im März 2010 zudem schriftlich an das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (ENSI) gewandt und Auskünfte über die Sicherheitsprobleme und Sicherheitsnachrüstungen des KKM verlangt. Eine Delegation des Gemeinderats traf in der Folge mit Vertretern des ENSI zusammen und wurde darüber informiert, dass von den Betreibern des KKM bis Ende 2010 ein weiterer Sicherheitsbericht verlangt worden sei.

Das Bundesverwaltungsgericht hat mit Urteil vom 1. März 2012 die Beschwerde von Anwohnenden des KKM teilweise gutgeheissen und damit den Entscheid des Eidgenössischen Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) vom 17. Dezember 2009 zur unbefristeten Betriebsbewilligung des KKM aufgehoben und die Betriebsbewilligung neu bis zum 28. Juni 2013 befristet. Die BKW hat daraufhin beim Bundesgericht Rekurs eingelegt.

Der Gemeinderat bedauerte diesen Entscheid der BKW, da für ihn das KKM ein Sicherheitsrisiko darstellt und er sich nach wie vor für die Abschaltung ausspricht. Der Gemeinderat sah sich veranlasst, auf den Beitritt der Stadt Bern zum Verein „Mühleberg Verfahren“ zurückzukommen. Bisher setzte er sich vor allem auf politischer Ebene für die Abschaltung des KKM ein, weshalb er auf einen Beitritt zum Verein verzichtet hatte. Der Gemeinderat hat am 14. März 2012 beschlossen, dem Verein „Mühleberg Verfahren“ beizutreten um auch die juristischen Bestrebungen in dieser Hinsicht zu unterstützen. Der Beitritt erfolgte aus ideellen Gründen; der Gemeinderat unterstützt die Zielsetzungen des Komitees gegen den unbefristeten Betrieb des KKM. Sie entsprechen der Strategie der Stadt Bern, wonach der Atomausstieg rasch verwirklicht werden soll.

Das Bundesgericht hat am 28. März 2013 die Beschwerde der BKW gegen die erneute Befristung der Betriebsbewilligung gutgeheissen und dem KKM eine unbefristete Betriebsbewilligung erteilt. Der Gemeinderat bedauert den Entscheid des Bundesgerichts.

Zu Punkt 2:

Die geforderte Unterstützung aller anderen politischen und rechtlichen Bestrebungen, „die eine sofortige Stilllegung des AKW Mühleberg anstreben“, lehnt der Gemeinderat jedoch ab. Es ist nicht seine Aufgabe, sämtliche politischen und anderen Bewegungen mit ähnlichen Zielen aktiv zu unterstützen.

Zu Punkt 3:

Der Gemeinderat wird sich weiterhin für den Schutz der Bevölkerung vor nuklearen Gefahren und für den von den Stadtberner Stimmberechtigten beschlossenen Atomausstieg einsetzen. Er wird sich dabei vor allem auf die bereits geknüpften Kontakte zu den Kantons- und Bundesbehörden, zu den Energiebetrieben und zu Fachleuten aus den Bereichen Energietechnik und Sicherheit konzentrieren. Hierzu ist es jedoch zielführender, entsprechende Gespräche und Forderungen mindestens teilweise auch unter Ausschluss der Öffentlichkeit führen zu können.

Der Gemeinderat wird sich in seiner Rolle als städtische Exekutive weiterhin dafür einsetzen, eine möglichst hohe Transparenz zu schaffen und mitzuwirken, damit das KKM zu einem möglichst frühen Zeitpunkt vom Netz genommen werden kann.

Folgen für das Personal und die Finanzen
Keine.

Bern, 8. Mai 2013

Der Gemeinderat